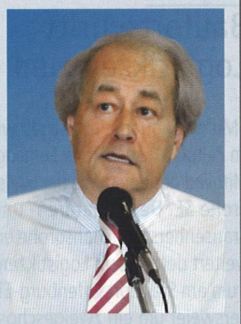
Denk-Anstöße

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße", die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.



Dietrich W. Thielenhaus

Vertrauenskrise

Die neue Migrations-Politik nimmt allmählich kafkaeske Züge an. Wirksame Krisenbewältigung ist nicht erkennbar. Stattdessen waltet hektischer Aktionismus mit dem untauglichen Versuch, das bei den Bürgern verlorene Vertrauen zurückzugewinnen. Die Bundeskanzlerin beschwört mantramäßig ihre faktisch längst widerlegte Hoffnung, das Jahrhundertproblem in den Herkunftsländern und in europäischer Solidarität lösen zu können. Am 31. Januar hat sie die EU aufgefordert, eine Million Syrer aufzunehmen. Am selben Tag wurde bekannt, dass von den laut EU-Beschluss umzuverteilenden 160.000 Asylbewerbern aus Griechenland und Italien bisher 414 Menschen von anderen EU-Staaten aufgenommen worden sind. 15 der insgesamt 28 Mitgliedsländer haben sich geweigert, auch nur einen einzigen Asylbewerber aufzunehmen. Die Bürger erahnen allmählich, welch tiefgreifende Veränderungen auf sie zukommen. Die Entstehung rechtsfreier Räume wirkt wie ein bedrohliches Fanal für künftige Kontrollverluste und fortschreitendes Staatsversagen. Die „Wirtschaftswoche" kommentiert: „Der Bund bricht laufend Grenzgesetze, in Köln wird Massenkriminalität ignoriert und in Kiel kapituliert die Polizei vor kleinkriminellen Migranten." Der bayrische Ministerpräsident wirft der Bundeskanzlerin eine „Herrschaft des Unrechts" vor. Der saarländische Innenminister (CDU) sieht den sozialen Frieden in Gefahr und warnt vor inneren Unruhen. Und der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch fordert dazu auf, „den tagtäglich tausendfach stattfindenden Verfassungsbruch an den deutschen Grenzen nicht länger hinzunehmen". Man müsse „diesen Wahnsinn" jetzt beenden. Polizeibehörden wird von der Politik ein Maulkorb verpasst. So soll in NRW nur noch dann über Gewaltkriminalität in und um Flüchtlingsheime berichtet werden, wenn diese von Rechtsradikalen ausgeht. Und viele Medien halten es für sinnvoll und moralisch geboten, bei Berichten über Gewalttaten den Migrantenstatus von Tätern zu unterschlagen. Redaktionelle Zensur wird gerechtfertigt mit der Sorge, dass die Wahrheit rechten Parteien Wähler zutreibe. So gerät die Pressefreiheit unter die Räder. Die Migrationspolitik hat eine tiefe Krise der Rechtsstaatlichkeit und des Vertrauens ausgelöst. Die Folgen für die politische Kultur in diesem Land sind unabsehbar.

„Notstand"

Die „Welt" kommentiert die neue deutsche Migrationspolitik so: „Mit ihrer Politik der offenen Grenzen ohne Obergrenze geht die Kanzlerin in Europa einen deutschen Sonderweg. Während sie sich hierzulande für das ‚freundliche Gesicht' der Bundesrepublik feiern lässt, schütteln die Staatenlenker in Rom, Paris, London, Warschau, Wien, Budapest und Zagreb die Köpfe. Nur Schweden hat bisher eine ähnlich großzügige Flüchtlingspolitik betrieben wie Berlin heute. Aber auch in Stockholm hat man inzwischen die Reißleine gezogen." Das Blatt kritisiert, dass die Bundesregierung sehenden Auges in diesen Notstand gerasselt sei: „Immer wieder haben Sicherheitsbehörden, deutsche Botschaften und hohe Beamte die Kanzlerin und den Innenminister gewarnt – vergebens. Notwendige Maßnahmen wurden nicht umgesetzt, aus politischen Gründen ignoriert oder schlicht verschlampt. Die Geschichte der Flüchtlingskrise ist vor allem die Geschichte eines Staatsversagens."

„Multi-Kulti-Brille"

Die FAZ befasst sich mit der Rolle der Medien: „Hier offenbart sich eine Mentalität, die journalistischen Prinzipien wiederspricht: Es wird nicht um Sachverhalte gestritten, sondern um politische Deutungshoheit. Auch wenn man dabei zu elementaren Fakten in Widerspruch gerät. Das Denkmuster lautet: ‚Flüchtlinge' werden nur erwähnt, wenn sie zur idealistischen Figur im Kampf gegen Rechtsextreme taugen. Das aber ist eine politische Perspektive, keine journalistische. Für diese Haltung in Fernsehredaktionen gibt es nun eine kalte Dusche." Und der „Focus" meint: „Zur Wahrheit gehört auch, dass Probleme zu lange totgeschwiegen wurden. Der Blick durch die rosarote Multi-Kulti-Brille erlaubte nicht, klar zu benennen, wenn Zuwanderer Straftaten begingen und sich Parallelgesellschaften entwickelten. Wer hier den Finger in die Wunde legte, fand sich schnell in der rechten Ecke wieder. Aus Furcht vor dem Vorwurf der Diskriminierung entwickelte sich ein Schweigekartell, das das Land in Teilen fesselte und erheblich zu der wachsenden Skepsis beitrug, ob die Verantwortlichen die wahren Verhältnisse überhaupt zur Kenntnis nehmen. Und tatsächlich zeigt das Diktat der politischen Korrektheit noch immer Wirkung." Da wirkt es wie eine Realsatire, dass politisch offenbar äußerst korrekte Sprachwissenschaftler den Begriff „Gutmensch" zum „Unwort des Jahres 2015" ausgerufen haben.

„Stimmungsmache"

Und die „Welt" merkt an: „Es ist nicht Aufgabe des Journalisten, dem Zuschauer mitzuteilen, wie er die Welt zu sehen hat. Wer in Deutschland anders spricht, als es die veröffentlichte Meinung erwartet, wird mit der Nazi-Keule zum Schweigen gebracht. Wenn aber Zuschauer in der Berichterstattung nichts mehr von dem wiederfinden, was sie täglich erleben, wird das Spiel mit den Emotionen gefährlich. Die Bürger werden misstrauisch, sie wenden sich ab, weil sie glauben, dass Politiker und Journalisten Meinungen erzeugen und Stimmung manipulieren wollen." Gerade die öffentlich-rechtlichen Medien verlieren ihre Legitimation, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit durch belehrende Betroffenheits-Rituale und mehr oder weniger subtilen Bekenntnis-Journalismus aufs Spiel setzen.